

Abrüstungsfrage.

In Berlin Gegenstand lebhafter Erörterungen.

England's perfidie.

Von der Londoner deutschfeindlichen Presse wurde die Behauptung aufgestellt, daß Deutschland sich jedem Abrüstungsvertrag widersetze und somit allein dafür verantwortlich sei, wenn die Völker von den Lasten der Kriegskrüften weiter bedrückt würden. — Nach dem Dafürhalten deutscher Staatsmänner ist die Abrüstungsfrage für eine Erörterung überhaupt noch nicht reif. — Deutschland nicht isolirt.

Berlin, 11. März. Die Abrüstungsfrage bildet augenblicklich hier fast ausschließlich den Gegenstand lebhafter öffentlicher Erörterungen. Im Allgemeinen behandeln die deutschen Blätter den Abrüstungsgegenstand, der vorwiegend von England ausgeht und dort mit einem Eifer kultivirt wird, welcher einer ausfichtsvolleren Sache werth wäre, höchst skeptisch. Dies hat einmal seinen Grund darin, daß die Idee, die Abrüstungsfrage in das Programm der Haager Konferenz aufzunehmen, britischen Ursprungs ist, und ferner darin, daß die Agitation zu dem Ende einsetzte, sofort von der Londoner Brunnendruck-Pressen die Behauptung aufgestellt wurde, daß Deutschland sich jedem Abrüstungsplan widersetze und somit allein dafür verantwortlich zu machen sei, wenn die Völker von den Lasten der Kriegskrüften weiter bedrückt würden. Niemand bestreitet, daß der Abrüstungsgegenstand ein achungswürdiges Beweismittel, einen empfindlichen Entsprungen sein kann und daß er gerade in dieser reinen Idealität die Gemüther für sich einnimmt. Aus dem schönen Ideal kann aber, wie ausgeführt wird, eine verhängliche Waffe werden, sobald der Gedanke einer Einschränkung der Kräfte von einer oder mehreren Mächten in den Dienst der Politik gestellt wird. Denn diese ist und bleibt ein Kampf der Interessen. Nach der ganzen Lage dieser Frage, wird hier betont, muß derjenige, der sich bemüht, die Dinge zu betrachten, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollten, nur geringes Vertrauen darauf setzen, daß in dieser Angelegenheit wirklich brauchbare und praktische Vorschläge hervorgehen werden. Die Abrüstungsfrage kann eben nicht bei allen Staaten über einen Raum geschoben werden. Es ist das eine der großen Schwierigkeiten, die sich dem Abrüstungsgegenstand entgegenstellen und von der man nicht weiß, wie sie überbrückt werden soll. Im Allgemeinen lautet die Ansicht dahin, daß die Abrüstungsfrage überhaupt nicht für eine Erörterung reif sei, daß auch eine Begrenzung der Kräfte praktisch nicht in Frage kommen könne und ein Anknüpfen der Materie auf der Konferenz überhaupt einfache Zeitvergeudung sein würde. Sollte die nächste große Völkerversammlung zur Milderung der internationalen Gegensätze und zu weiterer Abschwächung der Gefahr bewaffneter Zusammenstöße beitragen, was eine dankenswerthe Aufgabe sei, so würde man auf sich selbst Dinge zu beschränken, für welche einmüthige Zustimmung zu erreichen sei. In Abrüstungsfragen wäre ein solcher einstimmiger Beschluß für absehbare Zeit nicht möglich. Bei dem Versuch, ihn herbeizuführen, müßte sich ein Auseinandergehen der Meinungen unvermeidlich ergeben. Hier hegt man auch nicht den geringsten Zweifel darüber, daß Deutschland mit seinem Standpunkt auf der Konferenz nicht isolirt dastehen, sondern die meisten Mächte des Continents auf seiner Seite haben wird.

War ein Fiasko.

Fahrtartensteuer ergibt nur geringe Einnahmen für den Staat.

Berlin, 11. März. Im preussischen Abgeordnetenhaus gab während der Budget-Debatte der Minister der öffentlichen Arbeiten Breitenbach rüchlos an, daß die Fahrtartensteuer, welche einen integrierenden Bestandteil der Reichsfinanzreform bildet, ein Fiasko ergeben habe. Wie der Minister konstatierte, brachte diese Steuer dem Reich nur zehneinhalb Millionen Mark ein. Es kostete Preußen infolge des Ausfalls der Benutzung der niederen Wagenklassen fünfzehn Millionen Mark.

Gepfefferte Standrede.

Kaiser Franz Joseph über Beschluß des kroatischen Landtages.

Wien, 11. März. Kaiser Franz Joseph empfing gestern das Präsidium des kroatischen Landtages und hielt den Herren eine gepfefferte Standrede. In der schärfsten Weise tadelte der Monarch die vom Landtag gefassten Beschlüsse, in welchen während der Kera Feiertage wegen Preisvergehen bestraft worden, begnadigt werden sollen. Der Kaiser erklärte eine derartige Forderung für einen Eingriff in das Begnadigungsrecht der Krone, den er mit aller Entschiedenheit zurückwies.

Inniger Anschluß.

Ausstellung deutscher Künstler in New York.

Kaiser dafür begeistert.

Zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten werden deutsche Bildhauer und Architekten eine Ausstellung in New York veranstalten. — Dem Arrangements-Comité gehören Männer an, deren Namen einen guten Klang haben. — Es sind Ausfichten vorhanden, daß der Kaiser das Protektorat für Deutschland übernehmen wird. — Ueberall Begeisterung.

Berlin, 11. März. Ein Unternehmen, an dessen Verwirklichung deutsche Künstler augenblicklich mit größtem Eifer thätig sind, dürfte in hohem Maße dazu beitragen, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten noch mehr gefördert werden. Zum ersten Male wollen nämlich moderne deutsche Bildhauer und Architekten in New York ausstellen, um eine Uebersicht über die deutschen Leistungen auf diesem Gebiete zu ermitteln. Die Ausstellung soll eine so umfassende werden, wie sie selbst auf deutschem Boden vorher kaum dagewesen ist. Ein Künstlercomité hat bereits mit den Arrangements begonnen. Ihm gehören lauter Männer an, deren Namen einen guten Klang haben, so: Reinhold Weges, Walter Schott, Paul Klisch, Wöfling, Hofbaurath v. Jäne und Hugo v. Tschudi, Direktor der Berliner National-Galerie. Die Herren haben sich die Mitwirkung des Geheimraths Dr. Lewald, des Reichscommissars auf der St. Louiser Weltausstellung, gesichert, dessen Vertraulichkeit mit den amerikanischen Verhältnissen sich für das Comité von größtem Werthe erweist. Den Herren, welche die Arrangements übernommen haben, ist es eine große Ermuthigung, daß der Kaiser sich für das Unternehmen auf das Lebhafteste interessiert. Als der Monarch am letzten Donnerstag Abend bei dem amerikanischen Botschafter dimitte, verließ er Herrn Tover gegenüber seiner aufrichtigen Freude über den Plan Ausdruck. Er sagte seine thätigste Förderung der Ausstellung zu und sprach den Wunsch aus, daß ihm dauernd Information über die Vorbereitungen zugehen möchte. Das Comité giebt sich der Hoffnung hin, daß der Kaiser das Protektorat für Deutschland übernehmen wird, sobald die Vorbereitungen weiter gediehen sind, so daß das Gelingen außer Frage steht. Bislang haben, außer den bereits namhaft gemachten Mitgliedern des Comités, nachstehende Künstler ihre Theilnahme zugesagt: Berlin — Friedrich Schaper, Otto Lessing, Quatillon, Joseph Uphues, Peter Breuer, Wandschneider, Gustav Greuter und Schaub, München — Hahn, Stud und Lederer, Weimar — Ferdinand Brutt, Stuttgart — Friedrich Thiersch, Dresden — Diez, Leipzig — Seffner. Es soll ferner ein Comité organisiert werden, das sich aus Mitgliedern der Aristokratie und Hochgelehrten zusammensetzen wird. Dieses wird sich die Beschaffung ausreichender Mittel für die Ausstellung angelegen sein lassen, damit es nach seiner Richtung hin an einer würdigen Präsentation mangelt. An diesem Comité mitzuwirken, haben sich schon mehrere Personen von höchstem Ansehen und Einfluß bereit erklärt. Unter denselben, welche der Executive zugeteilt sind, befinden sich der Berliner Handelskammer, Bankier v. Menckelsohn und viele andere Finanzgrößen der Reichshauptstadt; ferner Fürst v. Hahnel, Herzog zu Trachenberg, das neugewählte Reichstagsmitglied, und last but not least der amerikanische Botschafter Tover, welcher Feuer und Flamme für das Unternehmen ist und ihm jeden Vorschub zu leisten entschlossen ist.

Feuer an Bord.

Dampfer „Dovonion“ von der Leyland Linie beschädigt.

Boston, 11. März. In dem unteren Raum des Dampfers „Dovonion“ von der Leyland Linie wurde heute unter einem Heubausen Feuer entdeckt. Es gelang, die schnell um sich greifenden Flammen zu löschen, ehe sie großen Schaden anrichten konnten. Der Dampfer, der in einigen Tagen mit einer Ladung Vieh nach Liverpool abfahren sollte, wird wahrscheinlich noch längere Zeit hier liegen müssen, da er ziemlich stark beschädigt ist.

Wollen Geiz aufheben.

Omaha, Neb., 11. März. Aus Chicago traf heute die Nachricht ein, daß die Eisenbahngesellschaften, die Linien in Nebraska haben, die von der Staatsgesetzgebung angenommene Vorlage, laut welcher das Fahrgehalt auf Eisenbahnen auf 2 Cents per Meile festgesetzt wird, gerichtlich anfechten werden.

Graufiger Tod.

Leichen buchstäblich in Stücke gerissen.

Casimir Perrier gestorben.

Toulon, Frankreich, 12. März. An Bord eines im hiesigen Hafen vor Anker liegenden Schlachtschiffes, dessen Name vorläufig noch nicht bestimmt in Erfahrung gebracht worden ist, von dem man aber annimmt, daß es das mächtige Schiff „Lena“ ist, explodirte heute Mittag ein Pulvermagazin und richtete an Bord des Schiffes eine schreckliche Verwüstung an. Man glaubt, daß 300 Menschen bei der schrecklichen Katastrophe ihr Leben eingebüßt haben. Fast sämtliche Opfer der Explosion sind buchstäblich in Stücke gerissen und nicht zu identifizieren.

Toulon, Frankreich, 12. März, 2 Uhr 30 M. Nachm. Soeben ist hier festgestellt worden, daß der Name des durch die Explosion beinahe vollständig zerstörten Schlachtschiffes „Lena“ ist, das im Missions-Dock vor Anker lag.

Paris, 12. März. Heute starb hier Jean Paul Pierre Casimir Perrier, der von 1894 bis 1895 Präsident der Republik Frankreich gewesen ist, im Alter von beinahe 60 Jahren. Nachdem er eine gründliche Ausbildung erhalten und sich besonders in der Literatur und Geschichte ausgezeichnet hatte, machte er den deutsch-französischen Krieg als Offizier der Mobilmache mit, wurde 1871 Cabinechef seines Vaters und 1876 als republikanischer Candidat zum Deputirten gewählt. Im Jahre 1877 wurde er als Unterstaatssekretär in's Unterrichts- und 1883 in derselben Eigenschaft in's Kriegsministerium berufen, wo er blieb, bis er in 1891 wieder zum Mitglied des Abgeordnetenhauses gewählt und in 1893 an Frequet's Stelle zum Präsidenten gewählt wurde. Nach dem Sturze des Ministeriums Dupuy wurde er mit der Bildung eines Cabinets betraut, in dem er den Vorschlag und das Portefeuille des Auswärtigen übernahm. Die Verschwendung der Abgeordneten-Kammer brachte ihm am 22. Mai 1894 eine parlamentarische Niederlage, die zugleich seinem Ministerium ein Ende machte. Nach der Ermordung Carnot's wurde er durch den Congreß am 27. Juni 1894 zum Präsidenten der französischen Republik gewählt, verlor aber bei den beständigen Angriffen der Sozialisten und der anderen Radikalen bald den Muth und, da er die ausübende Gewalt nicht mit hinreichender Nachmitteln zu deren Bekämpfung ausgeübt glaubte, legte er schon am 15. Januar 1895 die Präsidentschaft nieder.

Paris, 12. März. Die Ankündigung, daß die Sozialisten die Regierung in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer angreifen würden, weil Premierminister Clemenceau die Plätze der streitenden Elektriker durch Soldaten hatte besetzen lassen, hatte keine Neugierde nach dem Sitzungsprotokoll gebracht. Gleich nach Eröffnung der Sitzung ergriff der Sozialistenführer Jaures das Wort und erklärte, daß das Verhalten Clemenceau's während des Streiks der Elektriker in Paris dahin ausgelegt werden könne, daß er den Arbeitern überhaupt nicht das Recht zum streiten zuerkennt. Er verlangte, daß die Regierung für ihr eigenmächtiges Vorgehen, bei der Anstellung von Armeingenieuren im Interesse capitalistischer Ausbeuter zur Verantwortung gezogen und getadelt werde. Premierminister Clemenceau antwortete in einer scharfen Rede und sagte, er werde selbst auf die Gefahr hin, eine Cabinetkrisis herbei zu führen, nie gestatten, daß die Arbeiter tyrannisch werden. Es sei, wie er mit großem Nachdruck betonte, die Pflicht der Regierung, die Masse des Publikums gegen eine kleine Majorität zu schützen. Nachdem Premier Clemenceau seine Rede beendet hatte, wurde der Regierung mit 378 gegen 68 Stimmen ein Vertrauensvotum erteilt.

Paris, 12. März. Justizminister Guhot-Dessaigne reichte heute in der Deputirtenkammer eine Vorlage ein, laut welcher es Staatsbeamten mit Ausnahme von Polizisten, Soldaten und Justizbeamten gestattet sein soll, Unionen zu organisieren, daß es aber jedem Mitgliede solcher Unionen oder Streikern bei schwerer Strafe verboten sein soll, zum Streik aufzureizen.

Die Präsident Fairbanks hielt gestern vor den in gemeinsamer Sitzung versammelten beiden Häusern der Staatsgesetzgebung eine Rede über die Nothwendigkeit des Vorgehens der Bundesregierung gegen Corporationen, die sich ungesetzlicher Handlungen schuldig machen.

Parteitkämpfe.

Wahlbeanstandungen in der Reichsduma.

Ein wichtiger Streitpunkt.

Die Frage, in welcher Form das Gesuch um allgemeine Amnestie für politische Verbrecher der Duma unterbreitet werden soll, bildet unter radikalen und konservativen Mitgliedern den Gegenstand lebhafter Debatten. — Absprechendes Urtheil der „Nowoje Wremja“ über die Duma. — In der Provinz Jibahan in Persien sind ernste Unruhen ausgebrochen. — Abweisung des Gouverneurs und Ausweisung seiner Familie verlangt.

St. Petersburg, 11. März. In einzelnen Gruppen versammelten sich heute Vormittag die Mitglieder der Reichsduma, um die verschiedenen Fälle von Wahlbeanstandungen in Erwägung zu ziehen. Es sind Proteste eingegangen gegen sämtliche Abgeordnete von Bessarabien, Bolkowa, Minsk, Mohilew, Nongorod, Woroneß, Kasan, Cherson und Kischineu, und die Conservativen haben einen schüchternen Versuch gemacht die gesetzliche Gültigkeit der Wahl der Abgeordneten von Kursk und anderen Provinzen zu beanstanden. Unter den radikalen Parteigruppen herrscht große Meinungsverschiedenheit betreffs der Frage, wie weit das Gesuch um Amnestie für politische Verbrecher gehen soll. Während die einen verlangen, daß das Gesuch in scharfen Worten abgefaßt werden und mit Hinweis auf allgemeine Revolution Amnestie für alle politische Verbrecher verlangt werden soll, befürworten andere einfach eine Vorlage, in der die Regierung ersucht wird, für gewisse politische Verbrecher eine Amnestie zu erlassen. Die „Nowoje Wremja“, die mit der reaktionären Clique im Palast zu Zarstojke Selo in enger Verbindung steht, und infolge dessen weder für Premierminister Stolypin noch für die Idee der Reichsduma begeistert ist, bringt in ihrer heutigen Ausgabe einen Artikel, in dem ausdrücklich gesagt ist, daß die Reichsduma weiter nichts als ein Organisations-Centrum für die Revolution ist. Für gestern waren in mehreren hiesigen Fabriken Versammlungen von Arbeitern anberaumt worden, in denen radikale Mitglieder der Reichsduma Reden halten sollten. Da aber die Polizei drohte, daß sie keine Reden aufrührerischen Inhalts gestatten werde, so wurden die Versammlungen nicht abgehalten. Herr Golowin, der Präsident der Reichsduma, hat als Mitglied des Central-Comites der constitutionellen Demokraten und der Partei resignirt.

Teheran, Persien, 11. März. Bewohner der Provinz Jibahan protestiren auf's nachdrücklichste gegen die von dem Sohn des General-Gouverneurs Masud Mirza, dem ältesten Onkel des Schahs, und von den Mitgliedern des Stabes in Anwendung gebrachten Erschreckungs- und reaktionären Methoden. In der Stadt Jibahan selbst, die früher die Hauptstadt Persiens war, ist infolge der Ausschreitungen Zill-es-Sultan's — das ist der Name des hoffnungslosen Sprößlings des Gouverneurs — zu ernstlichen Aufständen gekommen, und bei dem Versuch, diese Aufstände zu unterdrücken, haben blutige Kämpfe stattgefunden. Angesehene Geschäftsleute aus Jibahan haben sich an das Parlament mit der Bitte gewandt, den General-Gouverneur abzurufen und sämtliche Mitglieder seiner Familie aus Jibahan auszuweisen. Dieses Gesuch ist auf Anordnung des Parlaments dem Minister des Innern mit der ausdrücklichen Bitte, es dem Schah zu unterbreiten, zugestellt worden.

Nach nicht beruhigt.

Pariser fürchten Wiederholung des Streiks der Elektriker.

Paris, 11. März. Hier geht seit gestern alles wieder seinen alten Gang, sämtliche elektrische Beleuchtungsanlagen sind in vollem Betrieb, und Geschäftshäuser, Druckereien und Fabriken leiden nicht mehr unter dem Mangel an der durch Elektricität gelieferten Betriebskraft. Obwohl der Streik augenblicklich zur Zufriedenheit der beiden streitenden Parteien beigelegt ist, so herrscht unter dem Publikum dennoch nicht geringe Aufregung, weil man gesehen hat, wie verhältnismäßig wenige Arbeiter in der Millionenstadt alles zum Stillstand bringen können, und weil das von den Elektrikern ernannte Streikcomité immer noch Versammlungen abhält, so daß Grund zu der Befürchtung vorhanden ist, ein volles Ueberkommen zwischen den Elektricitäts-Gesellschaften und ihren Angestellten sei noch nicht erzielt worden.

Die Prinzen Edward und Albert, Söhne des Prinzen von Wales, werden demnächst an Bord eines Schlachtschiffes eine Reise um die Welt antreten.

Wichtige Konferenzen.

Roosevelt wünscht vier Eisenbahnmagnaten zu Rathe zu ziehen.

Morgan im Weißen Hause.

Washington, 12. März. J. Pierpont Morgan traf gestern hier ein und begab sich sofort nach dem Weißen Hause, wo er eine längere Conferenz mit dem Präsidenten hatte. Er versuchte dem Präsidenten klar zu machen, daß es im Interesse der Wohlfahrt des Landes nöthig sei, das öffentliche Mißtrauen, das man heute Eisenbahn-Unternehmungen entgegenbringe, zu beseitigen, und daß die Finanzinteressen des Landes ernstlich bedroht werden, wenn die Regierung ihre Haltung Corporationen und Eisenbahn-Gesellschaften gegenüber nicht ändere. Präsident Roosevelt erklärte sich bereit, mit den Präsidenten der vier leitenden Eisenbahnen, den Herren McCrea von der Pennsylvania, Newman von der New York Central, Mellen von der New York, New Haven und Hartford und Hughitt von der Chicago und Northwestern, zu conferiren, ehe er seinen Entschluß betreffs Aenderung der von ihm befolgten Politik endgültig fassen werde.

Neue Klage.

Schwere Beschuldigungen gegen den Sekretär der Frau Eddy.

Boston, 12. März. In der gegen Frau Mary Baker G. Eddy, die Gründerin, und die Beamten und Direktoren der Kirche der Christlichen Wissenschaften eingereichten Klage wurde gestern in Concord, N. H., eine amendirte Klageschrift, in der zwei weitere Kläger, Ebenezer J. Foster-Eddy, der Adoptivsohn, und Fred W. Baker, ein Vetter der Frau Eddy, namhaft gemacht sind. Nach den von diesen Klägern in ihrer gerichtlichen Eingabe gemachten Aussagen ist Frau Eddy willenloses Werkzeug in der Hand ihres Sekretärs Calvin A. Freye. Dieser hat nach den Angaben E. J. Foster-Eddy's, den Adoptivsohn von Frau Eddy getrennt und ihn sogar mit dem Tode bedroht, wenn er den Versuch machen würde, sich Frau Eddy zu nähern. Die beiden Kläger behaupten direkt, daß Frau Eddy eine Gefangene in ihrer eigenen Wohnung ist.

Neue Theorie.

Auf soll das Geld aus dem Unterschupakt erhalten haben.

Chicago, 12. März. Die Bundesbehörden, die hier immer noch das Verschwinden von \$173,000 aus dem Unterschupakt untersuchen, haben angeblich eine neue Spur entdeckt und hoffen, den Dieb bald fassen zu können. Nach der neuesten Theorie soll ein großes hiesiges Finanzinstitut sich in einer Finanzlemme befunden und einen Angefallenen unter dem Versprechen auf reiche Belohnung veranlaßt haben, ihr das Geld lange genug zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre Finanzangelegenheiten ordnen und die Kritik überleben könne. Augenblicklich sind die Beamten bemüht, festzustellen, welche Bank zur Zeit, als das Geld verschwand, mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

Depsche Roosevelts.

Verhindert Annahme von Vorlagen betreffs der japanischen Streiffrage.

Sacramento, Cal., 12. März. Infolge einer von Präsident Roosevelt Gouverneur Gillette übermittelten Depesche hat sich das Repräsentantenhaus der Augenblicklich hier tagenden Legislatur veranlaßt, zwei Gesetzentwürfe und eine Resolution betreffs der Ausschließung der Japaner, Chinesen und Koreaner und der Festsetzung des Alters japanischer Kinder, die öffentliche Schulen besuchen wollen, vollständig unberücksichtigt zu lassen. In seiner Depesche hatte der Präsident darauf hingewiesen, daß die Annahme der in Frage stehenden Vorlagen und Resolution die Unterhandlungen mit Japan betreffs der Ausschließung von Arbeitern föhren und die ganze Lage sehr verwickelt gestalten würde.

Dem Andenken der Helden.

Monument entworfen von dem ermordeten Architekten White.

New York, 12. März. Gouverneur Hughes, Bürgermeister McClellan, Kriegssekretär Taft und Col. W. J. Marsball hielten gestern hier eine Conferenz ab und vergaben den Contract zum Bau des Denkmals für die Märtyrer der Revolution von den Schiffen für Gefangene an die P. J. Carlin Co. für den Preis von \$172,000. Der Plan für dies aus weißem Marmor aufzuführende Monument wurde von dem von Harry R. Thaw ermordeten Architekten Stanford White angefertigt.

Verhängnisvolles Duell.

Name des einen Duellanten sorgfältig geheim gehalten.

Berlin, 12. März. Im Grunewald in der Nähe dieser Stadt fand heute früh Morgens ein Duell statt, bei dem Einer der Besten, Capt. von Bredon, so schwer verwundet wurde, daß die Aerzte an seinem Aufkommen zweifeln. Der Name seines Gegners, der den höchsten Geschäftskreisen angehört, wird streng geheim gehalten. Später, von Bredon starb heute Mittag im Hospital.

Der erste Versuch.

Ein Straßenbahn-Wagen theilweise demolirt.

Streik in Louisville.

Louisville, Ky., 12. März. Einer von acht Straßenbahnwagen, die heute regelmäßige Fahrten machen mußten, wurde an der 17. und Chestnut Straße von einem aus 200 Personen bestehenden wüthenden Volkshaufen aufgehalten und erheblich beschädigt. Bei dem Versuch, die Räuberschar zu verhaften, kam es zu einem blutigen Zusammenstoß, bei dem mehrere Personen verwundet und auch verhaftet wurden.

Louisville, Ky., 12. März. Die American Federation of Labor hat in den hiesigen Straßenbahnstreik eingegriffen und durch den Sekretär Frank Morrison bei dem zweiten Hilfs-Generalpostmeister dagegen Protest einlegen lassen, daß die Straßenbahngesellschaft Postabsender an Straßenbahnwagen anbringen läßt, in denen keine Postfächer besetzt werden. Dieses ist unter Androhung strenger Strafen verboten, und die Vertreter der American Federation of Labor wollen versuchen, es durchzusetzen, daß die verantwortlichen Beamten der Straßenbahngesellschaft gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Gestern, als die Straßenbahngesellschaft den Versuch machte, etwa hundert Wagen fahren zu lassen, kam es zu Unruhen, bei denen etwa zwölf Personen verletzt wurden. Die Wagen, die zum Theil ganz und gar ohne polizeilichen Schutz waren, wurden auf der Straße wiederholt von wüthenden Volkshaufen angehalten und mit Steinen bombardirt. Nach den Angaben des Betriebsleiters Hunt melbete sich gestern 225 Mann, die sich bereit erklärten, die Pläne der Streikler einzunehmen. Gegen mehrere Polizeiführer wurden gestern Abend Anklagen wegen Insubordination erhoben, weil sie sich geweigert hatten, den Befehlen ihrer Vorgesetzten Folge zu leisten und Personen zu verhaften, die sich in einer der Straßenbahnremisen gewaltthätiger Handlungen schuldig gemacht hätten.

New York, 12. März. Während des letzten Monats trafen hier 10,757 männliche und 2407 weibliche Einwanderer aus Ungarn ein. Unter diesen waren 5353 Magyaren, die bei der Registrierung \$72,142 mitgebrachtes Baarvermögen vorwiesen, und 2684 Slowaken, die \$39,850 als mitgebrachtes Vermögen angaben. Aus Oesterreich trafen 5323 männliche und 1832 weibliche Einwanderer ein, aus Deutschland 938 männliche und 512 weibliche, aus Italien 9879 männliche und 2320 weibliche, aus Rußland 6674 männliche und 2619 weibliche und aus der Schweiz 113 männliche und 1204 weibliche Einwanderer classificirt, die \$125,070 als ihr mitgebrachtes Baarvermögen angegeben haben. 4270 der Anfümmlinge waren unter 14 Jahren, 45,004 von 14 bis 44 Jahre und 1650 45 und darüber. Einwanderer, die lesen und nicht schreiben konnten, waren 259, und solche, die weder lesen noch schreiben konnten, waren 13,513. Die Gesamtanzahl der Einwanderer im Februar betrug 50,924 Personen, die im Ganzen \$949,988 als ihr mitgebrachtes Baarvermögen angegeben haben. Von diesen waren 2822 Personen schon vorher in den Vereinigten Staaten gewesen.

Washington, 12. März. Hier gilt es als ausgemacht, daß alle sieben Mitglieder der Panama-Canal-Commission nach der Reorganisation der Behörde, mit Col. Goetz als Vorsitzenden, auf dem Johnsons wohnen werden, so daß die Commission dann in der That den Charakter einer Verwaltungsbehörde und nicht, wie bis jetzt, nur nominell Verwaltungs-, in Wirklichkeit aber nichts anderes als Berathungsbehörde ist. Unter Herrn Schonts als Vorsitzenden wurden die einzelnen Mitglieder der Commission hier und da in wichtigen Angelegenheiten zu Rathe gezogen.

Gelinde Strafe.

Berlin, 12. März. Der Wachtmeister Berpazoff vom Großherzoglich hessischen Feldartillerie-Regiment zu Darmstadt ist wegen Mißhandlung von Untergeordneten in nicht weniger als hundert Fällen zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurtheilt worden.

Zwei und zwanzig ertrunken.

Redding, Cal., 12. März. Zwei und zwanzig griechische Arbeiter versuchten gestern Nachmittag in einem kleinen Boot den Sacramento Fluß bei Pitt zu kreuzen. Das Boot schlug um und alle Insassen fanden ihren Tod in den Wellen.

Bankräuber an der Arbeit.

Wichita, Kas., 12. März. Räuber stellten letzte Nacht in Sumner, Kas., der dortigen Bank einen Besuch ab, sprengten das Sicherheitsgewölbe mit Dynamit und stahlen, obwohl die Bürger durch die Explosion aufgeschreckt wurden, eine bedeutende Summe baaren Geldes.